

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

30.11.1866 (No. 285)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 30. November.

N. 285.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gehaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat Dezember der Karlsruher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

### Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 26. November d. J. gnädigst benommen gefunden:

- den Poststrahl Dier, unter Ernennung desselben zum Geheimen Finanzrath, in das Kollegium der Oberrechnungskammer zu berufen;
- den Hauptamtsverwalter Diez in Laub auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters, unter Anerkennung seiner treu geleisteten Dienste, in den Ruhestand zu versetzen;
- den Sekretär Albert Schach bei der Domänenverwaltung zum Domänenverwalter in Kork zu ernennen;
- die technischen Assistenten von Christmar bei der Salinenverwaltung Rappennau und Schenk bei der Salinenverwaltung Dürheim, mit dem Titel als Bergmeister, als zweite Beamte der genannten Salinenverwaltungen anzustellen;
- den Hauptamtskontrolleur Kleinpell in Mannheim wegen Kränklichkeit, vorbehaltlich seiner Wiederanstellung nach Wiederherstellung seiner Gesundheit, in den Ruhestand zu versetzen;
- den Ingenieur Hermann Staib in Gengenbach, unter Beförderung zum Bezirksingenieur, zum Vorstand der Wasser- und Straßenbau-Inspektion Rappach;
- den Bezirkspraktikanten Ferdinand Kennwarth in Donaueschingen zum Ingenieur zu ernennen;
- den Vorstand der Fortschule am Polytechnikum in Karlsruhe, Poststrahl Dr. Kauprecht, unter Anerkennung seiner langjährigen Dienste, und
- den Seminaroberlehrer Mathias Schach in Ettlingen, auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen körperlicher Leiden, unter Anerkennung seiner langjährigen und treu geleisteten Dienste, in den Ruhestand zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Dresden, 29. Nov. Das „Dresden Journ.“ veröffentlicht eine Ministerialverordnung, wodurch die unverzügliche Aufstellung von Wahllisten zum Reichstag des norddeutschen Bundes angeordnet wird.

\* New-York, 27. Nov., Abends. Der neue Gesandte der Vereinigten Staaten bei der französischen Regierung, General Dix, ist nach Frankreich abgegangen.

### Deutschland.

Karlsruhe, 29. Nov. Das heute erscheinende Regierungsblatt Nr. 67 enthält (außer Personennachrichten):

I. Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs: Allerhöchstdienstliche Verordnung, die Anwendung des Gesetzes

vom 20. April 1854 auf die Vergehen gegen die kaiserlich österreichischen Zollgesetze betreffend.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des großh. Justizministeriums. a) Die Wiederbesetzung von Gerichtsnotars- und Notarsstellen betreffend. Darnach wurde Gerichtsnotar Kühndentisch in Säckingen zum Gerichtsnotar des Amtsgerichts Säckingen, Notarassistent Th. v. Mader, zur Zeit in Unterhirsch, zum Notar des Distrikts Breisach II., und Notariatsassistent Andr. Fuchs, zur Zeit in Trüberg, zum Notar des Distrikts Trüberg ernannt. b) Die Ernennung des Rechtspraktikanten G. Kärcher von Karlsruhe zum Referendar betreffend. c) Die Aufnahme des Rechtspraktikanten Lit. Mader von Kirchhofen in den Anwaltsstand betreffend. 2) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern. a) Die Staatsprüfung der Kandidaten der Gesamtheilkunde betreffend. Nachstehende acht Kandidaten der Gesamtheilkunde, welche sich bei der jüngsten Spätsprüfung eingefunden haben, wurden vom großh. Obermedizinalrath zur Ausübung dieses Berufs für befähigt erklärt: G. Döfninger von Donaueschingen, J. Lindemann von Mannheim, G. Ribstein von Wertheim, S. Zimmermann von Heidelberg, R. Louis von Heidelberg, A. Wacke von Pfalzstadt, B. Walz von Oberkirch, B. Schreiber von Zell a. H. b) Die Apothekerlicenz des Franz Herrmann von Stetten betreffend. 3) Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums. Die Ertheilung von Erfindungspatenten betreffend: a) an die H. E. Ramington und Kons. aus Zion (Staat New-York) für die von ihnen erfundene neue Konstruktion von Hinterladungsgewehren, insofern solche die spezielle Einrichtung des Verschlußstücks und die Kombination desselben mit dem Hahne betrifft; b) an Hrn. Ch. Friedleben in Offenbach a. M. für den von ihm erfundenen Galograpphen. 4) Bekanntmachungen des großh. Finanzministeriums. a) Die Aufhebung der großh. Hüttenverwaltung Albrunn betreffend. In Folge der Einstellung des Betriebs des großh. Hüttenwerks zu Albrunn wird die Hüttenverwaltung daselbst mit dem 21. d. M. aufgehoben, und die aus den Rechnungen dieses Hüttenwerks herrührenden Aktiv- und Passivreste an die Domänenverwaltung Säckingen überwiesen. b) Die Staatsprüfung der Kameralpraktikanten betreffend. Von den Kameralpraktikanten, welche sich im Oktober d. J. der Staatsprüfung unterzogen haben, sind nachstehende fünfzehn unter die Zahl der Kameralpraktikanten aufgenommen worden: B. Gasser von Buchheim, F. Ebs von Offenbach, E. Heide von Lohfeld, H. Hornuth von Neckarischhofheim, K. Becker von Kippenheim, H. Weis von Baden, K. Hemberger von Landshausen, H. Warth von Oberbiederbach, W. Holzmann von Karlsruhe, G. Ubert von Mühlheim, A. Brehm von Gerlachheim, G. Pfister von Thingen, W. Brendle von Mannheim, Th. Geiger von Daudenzell, J. Allweyer von Dwingen.

III. Dienstveränderung. Die Stelle eines Amtsräters in Badenburg.

IV. Todesfälle. Gestorben sind: Am 28. Okt. d. J. der kath. Pfarrer J. Ph. Stiegel in Dörchhausen. Am 8. Nov. d. J. Ph. Forch, Geh. Finanzrath bei der großh. Oberrechnungskammer in Karlsruhe.

Karlsruhe, 29. Nov. Es ist bekannt, daß Preußen die Einführung einer gleichmäßigen Besteuerung des Salzes möglichst im ganzen Zollverein betreibt. Es hat die königl. preussische Regierung den übrigen Vereinsregierungen den Vorschlag gemacht, die bestehenden Salzmonopole und Regale aufzuheben und dagegen die Salzsteuer auf 2 Rthlr. pr. Zentner festzusetzen. Es ist nun der großh. badischen Regierung in der Tagespresse förmlich ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß sie diesem Vorschlag nicht durchaus zugestimmt habe. So zweifellos es ist, daß gerade Baden jede Maßregel, welche zur Erweiterung des freien Verkehrs im Zollverein beitragen kann, unterstützen werde, und so bereit es auch sein mag, für die Durchführung gemeinsamer Einrichtungen in dem Verein nöthigenfalls Opfer zu bringen, so muß doch auch gebührend in Betracht gezogen werden, daß die finanziellen und wirtschaftlichen Zustände Badens keine Aenderung seiner Besteuerung des Salzes verlangen. Dasselbe wird gegenwärtig auf den beiden Salinen Rappennau und Dürheim vom Staat selbst erzeugt. Die Ausfuhr sowohl als der Handel mit Salz (außer dem Hausiren) ist ganz freigegeben. Durch die Einführung von Frachtvergütungen ist es möglich geworden, den Preis des Kochsalzes an jedem Ort des Landes mit 3 kr. per Pfund festzuhalten; das Viehsalz und das für gewerbliche Zwecke bestimmte Salz sind entsprechend billiger. Der niedrige Preis des Salzes hat wohl jedenfalls dazu beigetragen, den Verbrauch desselben in unserm Lande zu steigern; derselbe beträgt jährlich ungefähr 24 Pfund per Kopf der Bevölkerung (fast eben so viel in Württemberg und Hohenzollern), während der Durchschnittsverbrauch im Zollverein sich auf nur ungefähr 15 Pfund beläuft. Gegenwärtig trägt das Salzregal der badischen Staatskasse etwa 1 Mill. fl. ein. Würde nun statt desselben nach dem preussischen Vorschlag eine Steuer von 2 Rthlr. per Zentner eingeführt und würde eine Vertheilung des Ertrags dieser Steuer im gesammten Zollverein nach der Kopfzahl der Bevölkerung vorgenommen, so hätte die badische Staatskasse einen Einnahmeausfall von 300,000 bis 400,000 fl. jährlich zu erleiden und die Bewohner würden gleichzeitig den Nachtheil eines höhern Salzpreises zu tragen haben. Unter solchen Umständen scheint es nicht angemessen, daß Baden auf den erwähnten Vorschlag eingehe, ohne daß ihm ein entsprechendes Äquivalent gesichert werde. Es ist wohl anzuerkennen, daß die Einführung einer gleichmäßigen Besteuerung des Salzes im Zollverein einen wesentlichen Fortschritt darstellt, doch muß darauf Gewicht gelegt werden, daß zunächst nur eine solche Aenderung des Systems der Salzsteuer in Baden wünschenswert ist, welche die Herabsetzung des Salzpreises für die Konsumenten ermöglicht. Läßt sich diese nach den Umständen nicht erreichen, so ist wenigstens für den Staat und dadurch mittelbar auch für die Konsumenten ein Äquivalent anzustreben, welches eine gewisse Entschädigung für die dem Gemeininteresse gebrachten Opfer bietet.

Dresden, 26. Nov. (Nat.-Ztg.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer machte der Minister v. Rostk-Wallwitz die Mittheilung, daß, da das norddeutsche Parlament am 1. Febr. zusammentrete, da die Wahlen in der Mitte des Monats Januar stattfinden, die Wahllisten aber 4 Wochen ausliegen müßten, der Regierung nichts übrig bleibe, als jetzt schon die Behörden zur Aufstellung derselben anzuweisen, in-

### Se. Schiffsgeschichte.

(Fortsetzung aus Nr. 284.)

Es war jammerhaft, das Geschrei der armen dahingeklebten Kerle zu hören, wie sie aus Leibestücken zuschwammen, um an's Boot zu gelangen, denn es war so hell wie am Tag, und die Wellen wie sie lachte fliegen und fielen, sahen aus wie von Blut — glührothem Blut — mit goldigen Kammern, wie sie sich leis brachen. Obwohl aber ein Mann so hurtig schwamm, daß er zum Boot gelangte, so stießen sie ihn mit den Rudern weg; und dann sah ich ihn sich an sie klammern, Einer aber riß ein Messer heraus, nach ihm zu stoßen, wenn er näher käme; zu gleicher Zeit aber sah ich den Bootshafen in die Höhe gehen und mit einem schweren Schlag niederfallen auf des armen Menschen Kopf, daß er unterlief, und ich sagte: „Gott helf ihm!“ Denn er kam nicht mehr zum Vorschein.

Noch zwei schwammen ihnen nach, und als der Borberste all' Das sah, wandte er eben den Kopf um und schaute auf's Schiff zurück, und ruderte ein Bißel mit den Händen, und streckte sie dann gerad zum Himmel auf mit Einem wilden bitteren Aufschrei, und ging unter; und diesmal verjuch' ich wieder „Gott helf ihm!“ zu sagen, aber nur die Rippen bewegten sich mir.

Doch der Andere war noch da, ein schöner waidlicher junger Geßel, und sobald er sah, was vorging, so wandte er sich links und versuchte das nächste Boot von den drei andern zu erreichen; und mannschaft schwamm er danach, indem er sich mit jedem Schlag gut im Wasser in die Höhe hob und nach und nach den Abstand kleiner machte, bis er dicht hinten an es gelangte, wo ich ganz deutlich sehen konnte, wie ihm Einer die Hände hinaus entgegen streckte und er in's Boot herein gezogen ward.

Das Alles geschah denn in ganz wenig Minuten; und trotz der eigenen Gefahr konnten wir's nicht bleiben lassen, innezuhalten und

nach dem schrecklichen Vorgang hinzuschauen; nun aber kommt der Kapitän heran, sagt mir an der Hand und sagt:

„Bruder, Das war nicht trübselig, und mirberzig, eigenständig gehandelt und ich weiß nicht, ob ich nicht lieber zusammen mit einem wadern Mann stürbe, als mit feigen Schurken lebte.“

Ich weiß, die Hand zitterte mir — die Stimme aber nicht, mein ich, wiewohl ich daran dachte, 's Leben sei süß, — als ich zu ihm sagte:

„Es stirbt sich doch schwer, Kapitän?“

„Ja,“ sagt er, „glaub' ich, für einen starken Mann; und da Gott uns das Leben gegeben hat und wir soweit unsere Schuldigkeit getan haben, ei! so müssen wir sie damit beschließen, daß wir noch Zwei zu retten versuchen.“

„Wie aber?“ sag' ich, ihn haltend.

„Bleib' am Rad,“ sagt er, und dann wieder: „Doch — 's kommt nicht drauf an — das Schiff hat keine Fahrt. Grei' hier an.“

Und ich ging ihm an die Hand, und miteinander schier bratend schlepten wir die großen Hühnerkörbe und ein Laufgitter zur Schiffswand, und im Nu hatte er sie zusammen gebunden — gefort, hieß er's —; dann schoben wir sie über Bord; und wie das Schiff langsam umschwang, sahen wir von den Boten nichts, die etwa eine Halbviertelstunde ab waren. Er hatte ein Seil an den Körper, so daß sie nicht fortzuschwimmen konnten, und nach seinem Geheiß glitt ich auf sie herunter, und hockte da zitternd, derweil er das Wasserbündchen, einiges Tauwerk, die Sperrseite, und zwei von den Schiffsbrotstücken zu mir niederlegte. Dann schlenderte er ein paar losse Holzwerkstücke und den Deckel der Kajütentreppe und ein Rastending und Eheerzeugel in's Wasser neben mir; ließ sich am Seil herunter und war in wenig Minuten an meiner Seite; wobei die Körbe herum einsankten, so daß ich wohl oder übel mich in's Wasser duckte und anhielt.

„So recht,“ sagt er, und macht sein Messer mit den Zähnen auf

und schneidet das Seil durch, und richtet die Leberleinwand und Holzstückchen und Sachen in der Mitte so handlich, wie man sich's nur denken und wie's nur ein Seemann kann. Er heißt mich, fest anhalten, läßt sich dann in's Wasser und stoßt vom brennenden Schiff ab und fängt an zu schwimmen und unser Stüchden Floß zu leiten ganz langsam, aber immer weiter und weiter weg.

„Ich werde die Körbe und das Gitter zusammenschüttern,“ sagt er, „sobald wir außer Gefahr sind.“

„Außer Gefahr!“ sag' ich; und wann wäre Das?“

„Nu,“ sagt er, „ich meine, wenn wir nicht mehr vom Schiff mitgeschluckt werden können, wenn's untergeht.“

„Es geht also noch unter?“ sag' ich.

„Ja,“ sagt er, „und Das jetzt bald;“ und dann schwimmt er scharf drauflos, derweil ich immer erst nach den Booten hin sehen mußte und dann nach dem brennenden Schiff.

Es war 'was Großes, aber Schauerliches, das staltliche Fahrzeug so zu sehen, wie's bestand wie eine Pyramide von Feuer, wovon wir die Höhe noch auf unsern gefengten Gesichtern herüber spürten. Allenthalben schlugen nun die Flammen hervor, sogar aus den Kajütenseiten; unter denen ich so kurz noch gefanden hatte; worüber mir bei'm Gedanken an die erschreckliche Gefahr fast ein Schauer antam.

(Schluß folgt.)

— K o b u r g, 26. Nov. (N. N.) Im herzogl. Hoftheater wurde gestern eine neue Oper unseres jugendlichen Komponisten Aug. L a n g e r t, bekannt durch eine Oper, „des Sängers Flug“, zum ersten Mal gegeben. Der Text der neuen Oper, „die Fabier“, ist von dem Generalintendanten und Geh. Kabinetsrath Gustav v. Meyern-Hohenberg nach Gustav Freytag gearbeitet, welcher letztere auch der Verfassung beizuwohnt. Der Komponist wurde am Schluß gerufen.

dem nicht zu erwarten sei, daß die Kammer bis Mitte Dezember die Verathung des Wahlgesetzes beendigt haben werde. Der Abg. v. Erlegern bemerkte dazu, daß die Deputation den Bericht über das Reichs-Wahlgesetz heute noch vollenden würde, nachdem sie nur noch zu berathen habe, ob nicht eine Abkürzung jener Auslegungsfreie thunlich sei. Wo nicht, so müsse allerdings die Regierung vorgehen, ohne den Abschluß der Verathung des Wahlgesetzes in der Kammer abzuwarten. Bevor die Kammer zur Tagesordnung überging, erfolgte noch ein lebhaftes Intermezzo durch die Mittheilung des Hrn. v. Nostitz-Paulsdorf, daß die Deputation für Petitionen die Eingabe von Henkel und Genossen, betreffend das Wahlgesetz vom Nov. 1848, nach der Ablehnung des Antrags Eisenhüt und Genossen für unzulässig erklärte. Der Abg. Mammen nannte den Paragraphen der Landtags-Ordnung, auf welchen Hr. v. Nostitz sich berief, eine „Abschlachtemaschine“, durch welche man die Stimme des Volks zum Schweigen zu bringen suche. Hr. v. Nostitz nahm dies so übel, daß er jähzornig aufsprang und ausrief: „Ich verbitte mir, mit einer Abschlachtemaschine verglichen zu werden“, worauf ihm der Präsident deutlich machte, daß nicht er gemeint sei, sondern der Paragraph. Die Kammer genehmigte alsdann die vier königl. Dekrete, über welche die Deputationsberichte vorlagen, nämlich: die Geschäftsbehandlung auf gegenwärtigem Landtag, nach welcher von einer speziellen Verathung des Budgets abzusehen ist, sodann die Gültigkeit der Ansätze des für die Jahre 1864 bis 1866 vereinbarten Budgets auf die Dauer des Jahres 1867, drittens die provisorische Forterhebung der Steuern und Abgaben für das nächste Jahr, und endlich die Beteiligung bei der Pariser Industrieausstellung. Noch mag beigefügt werden, daß der Abg. Schred heute verschiedene Anträge einbrachte, welche einzelne Abänderungen der Zivil-Prozessordnung betreffen. Den Antrag auf Abänderung der Konkursordnung begründete er dadurch, daß das Bedürfnis für Sachen so gebieterisch sei, daß man nicht auf das Zustandekommen einer Konkursordnung durch das norddeutsche Parlament, welches vorläufig vollaus mit der Verfassungsfrage zu thun haben werde, warten dürfe.

**Dresden, 27. Nov.** Der Bericht der ersten Deputation über den zwischen Preußen und Sachsen abgeschlossenen Friedensvertrag beantragt Zustimmung. Im Texte der sehr ausführlichen Motivierung wird u. A. gesagt, der Staatsregierung gebühre der „aufsichtliche Dank aller Patrioten“ dafür, daß sie vorgezogen habe, die Verantwortlichkeit über den Friedensabschluss ohne vorgängige sächsische Zustimmung zu übernehmen, anstatt zur Abwendung desselben aus rein formellen Gründen einen mit sehr erheblichen materiellen Nachtheilen für das Land weiteren Aufschub der definitiven Gültigkeit des Friedensvertrags herbeizuführen.

**Hannover, 26. Nov.** (Ztg. f. Nordb.) In der vor einigen Tagen in Hildesheim versammelten hoya'schen Provinziallandtag ist ein Antrag des Hrn. v. Krenstorff zu Dyle zur Debatte gekommen, wonach die Regierung ersucht werden sollte, behufs der vorerwähnten Schonung berechtigter Eigenthümlichkeiten die bisherigen Mitglieder der aufgelösten Allgemeinen Ständeversammlung als Notabeln zu wählen. Der von mehreren Ritters eifrig befürwortete Antrag ist abgelehnt, und ein anderer Antrag, dessen Wortlaut erst näher festgestellt werden soll, mit 24 gegen 14 Stimmen angenommen worden, daß außer von der Regierung gewählten Vertrauensmännern Mitglieder der bestehenden Korporationen (Provinzialstände und Amtsvertretungen) von diesen zu wählen seien.

**Berlin, 27. Nov.** (Fr. Z.) Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

In der heutigen Sitzung wurde in der Budgetverathung fortgefahren. Man steht im Etat des Finanzministeriums. Als Deputirte des Hauses, welche in die Väter der Sechsbundung vertrauliche Einsicht nehmen sollen, werden die Abgg. Hasenkleeber und Reichenheim ernannt. Von dem Abg. Dunder ist der Antrag eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die k. Regierung wiederholt und dringend aufzufordern, das bereits längst zugesagte Gesetz wegen Pensionirung der Zivilbeamten, der Offiziere und Militärbeamten mindestens in der nächsten Session vorzulegen.“ Der Abg. Dunder begründet diesen Antrag unter Hinweis auf das, was bereits früher im Hause der Abgeordneten, insbesondere von Seiten des Hrn. v. Patow, über das Notwendige der Sache laut geworden ist, sowie auf die Erklärungen, die auch bereits von der Regierung früher gegeben worden sind. Der Finanzminister: Der Antrag des Abg. Dunder sei ihm erst gestern Abend zugegangen, und er sei deshalb noch nicht in der Lage, eine Erklärung über denselben Namens der Staatsregierung abgeben zu können. Es sei bereits wiederholt bemerkt worden, daß die gegenwärtige Zeilage wenig günstig sei für den Erlass organischer Gesetze; er sei in dessen bereit, den Gegenstand in Anregung zu bringen. Der Antrag des Abg. Dunder wird hierauf angenommen.

Der Etat für die Oberpräsidien wird bewilligt. Im Etat für die Regierungen sind 3000 und 600 Thlr. mehr gefordert als im Vorjahre, und zwar für zwei neue Dirigentenstellen bei den Regierungen in Oepeln und Gumbinnen. Der Abg. v. Unruh trägt auf Streichung dieser Mehrforderung an, und zwar deshalb, weil, wie er ausführt, das frühere wohlthätige Verhältnis der Regierungskollegien verschwunden und ein persönliches Besitzthum an die Stelle getreten sei. Eine Umgestaltung in der Organisation unserer Regierungskollegien sei durchaus geboten, besonders auch mit Rücksicht auf die neuen Landesstellen, die zum Theil bessere Einrichtungen hätten, als wir sie jetzt haben. Alles, was zum Steuerwesen gehöre, sei den Regierungen abzunehmen und die Verwaltung des Staatseigenthums sei an bestimmte Personen zu übertragen. Den Gemeinden sei die vollständige Selbstverwaltung in allen Angelegenheiten zurückzugeben. Drei verschiedene Organisationen hätten wir in Preußen: sächsische Provinzialvertretungen, das Herrenhaus, das Abgeordnetenhaus; wir hätten kein bestimmtes öffentliches Recht; das sei ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar. Handele es sich z. B. um Millionen, so genüge für Berlin doch schon ein einfaches Reskript des Polizeipräsidenten und des Ministers, um der Stadt diese Millionen anzulegen. Daß die Arbeit sich gemehrt, gebe er zu; aber für eine noch

weitere Ausbreitung der gegenwärtigen Verwaltungsorganisationen könne er kein Geld bewilligen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird darauf hingewiesen, wie die beiden neuen Dirigentenstellen nötig seien im Interesse des Schulwesens in den betreffenden Regierungsbezirken. Abg. Richter: In der Denkschrift der Staatsregierung heißt es auch, daß namentlich auch für die evangelische Kirche in den betreffenden Regierungsbezirken noch Vieles zu wünschen sei. Nun, sollen wir zur Abhilfe dieses Bedürfnisses etwa — einen Oberregierungsrat ernennen? Es ist wahr, das Jahr 1866 ist kein Jahr der Organisation; aber das Jahr 1867 ist eines und muß eines sein, und so möge die Staatsregierung denn denken für die Schule an das Schul- und Dolationsgesetz und für die Kirche an die endliche Ausführung des Art. 15 der Verfassung. Für jetzt kann der Landrath ausreichen und wir brauchen keinen neuen Oberregierungsrat; der Landrath ist ohnehin das gegebene Organ der Regierung. Oder haben die Landräthe jetzt etwa keine Zeit, haben sie etwa zu viel zu thun mit den Wahlen? (Murren rechts.) Sie brauchen, m. H., diese Bemerkungen nicht mit Murren zu begleiten; denn das geschieht, das weiß ohnehin ja Jeder im ganzen Land. (Bravo rechts.) Abg. Graf Schwerin: Die Vorredner machten aus der Sache eine politische Frage, während es sich bei der Kreisung der beiden neuen Stellen doch lediglich nur um eine Zweckmäßigkeit- und Nothwendigkeitsfrage handle. Vorläufig hätten wir noch königl. Regierungen im Lande, und so lange dieselben da, müsse ihnen auch gewährt werden, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe bedürften. Die Bedürfnisfrage aber könne dieses Haus nicht entscheiden, das sei lediglich Sache der Regierung. Der Finanzminister fährt aus, wie die Regierung, wenn nicht das allerdingendste Bedürfnis vorläge, die betreffende Position gewiss nicht in Ansatz gebracht haben würde. Daß der Verwaltungsorganismus in mancher Beziehung einer Reform bedürftig sei, gebe er zu; aber der Abg. v. Unruh gehe in seinem Tadel zu weit. Niemand sei die Verwaltung besser als in Preußen. Die Regierungen seien eine Abwehr gegen die Präfectur, und von der letzteren würde in der That nur dann die Rede sein können, wenn, wie der Abg. v. Unruh wolle, die einzelnen Verwaltungsbranchen einzelnen Personen übertragen würden. Abg. Krieger (Goldapp) erinnert an den Oberregierungsrat Siehr, welcher, anstatt seine Thätigkeit der Schule ausschließlich zuzuwenden, vierzehn Tage vor den Wahlen in seinem Departement herumgerollt sei, um die Schullehrer politisch zu haranguiren. Wie diese Oberregierungsräthe ihre Thätigkeit auf das politische Gebiet hinübertragen, davon ein Beispiel. (Zur Sache! rechts.) Wenn das nicht zur Sache gehört, so weiß ich nicht, was dringender zur Sache gehören könnte. Ein Schullehrer im Regierungsbezirk Gumbinnen hatte das Unglück, daß ihm die Frau erblindete. Und der Mann hatte vier Kinder! Er wandte sich deshalb an die königl. Regierung um eine Vergünstigung, welches Gesuch auch vom Pfarrer befürwortet wurde. Was aber erhielt er für eine Antwort? (Redner verliest das Schriftstück.) Weil er die Provinzial-Lehrerverammlung besucht und weil er bei den letzten Wahlen nicht entschieden genug für die Regierung gestimmt, könne auf sein Gesuch nicht eingegangen werden. (Geh. Siehr.) (Hört! Hört!) Abg. v. Vinckler tritt den Bemerkungen des Finanzministers über den Verwaltungsorganismus Preußens bei. Für die Bewilligung ergreift noch das Wort der Kultusminister, gegen dieselbe der Abg. Twesten, worauf von dem Abg. Dungen auf namentliche Abstimmung angetragen wird. Nach einer lebhaften Diskussion über die formelle Behandlung dieses Antrags werden die Veranlassungen für die beiden neuen Dirigentenstellen in Oepeln und Gumbinnen mit 146 gegen 136 Stimmen genehmigt.

Die weiteren Positionen rufen keine Debatten hervor; dagegen erhebt sich gegen die Position „unvorhergesehene Ausgaben“ — 300,000 Thaler — eine bedeutende Opposition. Abg. Twesten fährt aus, wie man diese Position nicht bewilligen könne, weil die Regierung schon früher erklärt habe, daß sie sich zur Nachsicherung der nachträglichen Genehmigung für die aus diesem Fonds geleisteten Ausgaben nicht verstehen könne. Abg. Dr. Achenbach: Aus diesem Fonds seien die Zwecke des auswärtigen Ministeriums zu unterstützen, ferner auch die Kosten für das norddeutsche Parlament zu bestreiten; wolle man die Politik der Regierung unterstützen, so müsse man diese Fonds voll und ohne Widerspruch bewilligen. Der Abg. Dunder beantragt, die Position zu streichen; brauche die Regierung Geld, so könne sie ja später eine Verlage machen, worauf der Handelsminister darauf hinweist, daß, wenn unvorhergesehene Ausgaben nötig wären, nicht immer erst vorher eine Verlage gemacht werden könne. Abg. v. Bodum-Dolffs beantragt, die Summe zu bewilligen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Regierung in Bezug auf die aus diesem Fonds geleisteten Ausgaben später die nachträgliche Genehmigung des Hauses einzuholen habe. Abg. Reichenheim: Nur Thatsachen können uns helfen; auf Versprechungen gebe er nichts mehr. Werde bei uns denn konstitutionell regiert? Nach seiner Ueberzeugung noch keineswegs! Abg. v. Frotzwell spricht für, v. Carlowitz gegen die Bewilligung. Abg. Rascher: So viel er wisse, sei der Abg. Dr. Achenbach nicht von der Regierung beauftragt, in diesem Hause Erklärungen über die Bedürfnisse des Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten abzugeben. (Sehr gut! Heiterkeit.) Das auswärtige Ministerium dürfe für die Erklärungen des Abg. Achenbach sich wohl bedanken. Die Ausgaben für das norddeutsche Parlament seien keine „unvorhergesehene“ Ausgaben, denn die Regierung wisse sehr gut, daß das norddeutsche Parlament zusammentreten werde. Redner empfiehlt schließlich die Annahme des Antrags von Bodum-Dolffs.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen, und es wird zur Abstimmung geschritten, deren durch Zählen der Aufstehenden und Eigenthümlichkeiten festgestelltes Resultat die Annahme des Antrags von Bodum-Dolffs mit 143 gegen 139 Stimmen ist. Da die Differenz nur vier Stimmen beträgt, so wird von verschiedenen Seiten der Antrag auf nochmalige Abstimmung durch Namensaufruf gestellt. Der Namensaufruf wird vollzogen, und es erfolgt die Annahme des v. Bodum-Dolffs'schen Antrags mit 142 gegen 141 Stimmen, also nur mit einer Stimme Majorität. Der Finanzminister konstatiert, daß über die eigentliche Regierungsposition nicht abgestimmt worden sei, worauf der Präsident bemerkt, daß nicht anders habe abgestimmt werden können. Schluß der Sitzung.

**Berlin, 28. Nov.** Man telegraphirt der „Köln. Ztg.“: Bezüglich des künftigen Definitivums des norddeutschen Parlaments gilt in politischen Kreisen die Zweitheilung desselben in Staatenhaus und Volkshaus je mehr und mehr für unwahrscheinlich, und die Aussicht befestigt sich, daß es nur zu einer Kammer kommen werde. Die Verschiedenheit

der Interessen gegenüber dem unitarischen Parlament würde in der Bundeskommission genugsam zum Ausdruck kommen. Ein Staatenhaus müßte danach allerdings überflüssig erscheinen.

**Berlin, 28. Nov.** Die Rückkehr des Grafen v. Bis-marck nach Berlin dürfte sich noch bis zu Ende dieser Woche verzögern. Ueber das Befinden des Kriegsministers v. Roon sind aus Wiesbaden günstige Nachrichten eingegangen. Hr. v. Roon gedenkt in den ersten Tagen des Monats Dezember in der Hauptstadt wieder einzutreffen. — Bekanntlich wurde unter dem 21. Nov. an die Regierungen des norddeutschen Bundes von hier aus die Einladung gerichtet, zum 15. Dez. Bevollmächtigte nach Berlin zu entsenden, damit durch eine rechtzeitige Feststellung des Bundesverfassungs-Entwurfs die Verfassung des norddeutschen Parlaments auf den 1. Febr. l. J. möglich gemacht werde. Wie verlautet, haben bereits vier von den be-theiligten Regierungen zugehende Antworten hierher gelangen lassen. — Mehrere Blätter bringen die Nachricht, der Regierungs-Vizepräsident v. Ernsthausen in Königsberg sei dazu ansersehen, an Stelle des Administrators von Kurhessen, Präsidenten v. Moller, das Regierungspräsidium in Köln zu übernehmen. Diese Nachricht wird hier als grundlos bezeichnet. Auch ist das Regierungspräsidium gar nicht erledigt, indem Hr. v. Moller in Kassel eine bloß provisorische Stellung einnimmt. Ueber sein etwaiges dauerndes Verbleiben daselbst wird erst entschieden, wenn die Verwaltungsverhältnisse Kurhessens ihre definitive Regelung erhalten. Andererseits sprechen keine Wahrscheinlichkeitsgründe dafür, daß Hr. v. Ernsthausen seinem wichtigen Wirkungskreise in Königsberg alsbald sollte entzogen werden.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 26. Nov.** Die Landtage in Krain, Steyermark, Tyrol, Galizien bieten in ihren letzten Sitzungsberichten wenig von Bedeutung. Es sind meist Interpellationen über Fragen von eher provinziellem Interesse, welche zur Verhandlung gelangten. Erwähnenswerth ist nur, daß in der Sitzung des Lemberger Landtags vom 23. der Antrag von Solasjewski auf Abwendung einer Adresse mit großer Majorität angenommen wurde. Dagegen haben nur die Russophilen gestimmt. Der Entwurf der Adresse bleibt dem Landesauschuß vorbehalten. Unter den ruthenischen Abgeordneten herrscht in Folge des rücksichtslosen Auftretens des Polonismus große Erbitterung. Man spricht davon, daß dieselben beabsichtigen, ihr Mandat in Masse niederzuliegen und dadurch den Landtag beschlußunfähig zu machen. Der niederösterreichische Landtag hat bekanntlich ebenfalls eine Adresse beschlossen, und die Zeitungen stellen bereits den Entwurf derselben mit. Nach den einleitenden Dankesworten an den Kaiser erklärt derselbe es für eine Pflicht des Patriotismus, in offener und freimüthiger Weise die Lage des Landes zu schildern, welche in den traurigen Miferfolgen der Kriegsoperationen im Norden sich manifestirt habe.

„Wenn gleich“, heißt es weiter, „bei unparteiischer Ermüdung der Ereignisse das bemühende Ende des letzten Krieges der durch mehrere Mitglieder des gegenwärtigen Ministeriums verantworteten Eifirung des verfassungsmäßigen Lebens nicht allein zugeschrieben werden kann, so vermag doch nicht verkant zu werden, daß die seit der Eifirung wachsende Bevölkerung und Schwächung Oesterreichs und der in der Bevölkerung immer weitergreifende zersetzende Neffinismus von unseren Feinden schlaun benützt wurden, und daß man insbesondere durch diese Politik sich bei schon drohender Gefahr jenes Organs selbst be-ranbte, welches vorzugsweise geeignet und berufen gewesen wäre, die Begeisterung der Völker zum Kampfe für Recht und Freiheit, zur allgemeinen Erhebung und zur unübersehblichen Abwehr des ungerechten Angriffes wachzurufen.“ Hieran schließt die Adresse den Ausdruck des Bedauerns, daß in jenem hochernsten Moment die Gesamtvertretung die Seite der Reizung zum Schweigen verurtheilt war. „Die folgenschwerste und schmerzliche Bedingung des Friedens war der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland, die blutige Lösung jener theuern Bände, welche seit unbenklichen Zeiten einen großen Theil der Bevölkerung Oesterreichs mit dem altbewährten deutschen Reich, mit Völkern gleicher Abstammung und Gesittung zu gemeinsamem Fortschritt auf allen Gebieten der Kultur, zu gemeinsamer Abwehr der Feinde Deutschlands innig verknüpften.“ Durch die Befestigung des Verfassungslbens habe der Kaiserthron die letzten Sympathien in Deutschland, den letzten Glauben an seine Kraft und seinen Fortbestand eingebüßt, und die Begeisterung seiner deutschen Verbündeten lahm gelegt. „Die Unfähigkeit der staatswirtschaftlichen und politischen Zustände blieb nicht ohne empfindbare Rückwirkung auf die Volkswirtschaft, und selbst der scheinbare Aufschwung einzelner Produktionszweige ruht nicht auf einer gesunden Grundlage. Kein freies Fortschreiten auf dem Gebiete der Gesetzgebung, Verwaltung und Justizpflege belebte auch nur einen Moment die Tobtenstätte der Eifirungskräte. Die so schnellst herbeigewünschte Verhängung mit Ungarn, das Ziel, welchem das Ministerium das Verfassungsrecht der cisleithanischen Länder zum Opfer brachte, wurde durch dieses Opfer in Jahresfrist um kein Atom gefördert; wohl aber haben Entmutigung und Mißtrauen gegen die auf freier Bahn thätlose Regierung immer verderblicher gewuchert. Ja, jene Mitglieder des Ministeriums haben sich durch die Konsequenzen ihrer Eifirungspolitik so sehr die Hände gebunden, daß sie nun ohne Vertrauen, ohne Unterstützung dies- und jenseits der Leitha, gar nicht mehr im Stande sind, in die verfassungsmäßige Bahn wieder einzulenten.“ Die Folgen der einjährigen budgetlosen Regierung offenbaren sich zunächst in der äußersten Zerrüttung der finanziellen Verhältnisse. Als das alleinige Mittel zur Wiederherstellung der heillosen Zustände anerkennt der Landtag die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Bahnen. Nur auf rechtlicher Grundlage sei die Lösung der Wirren zu ermöglichen.

Der Landtag beantragt dieselbe die Einberufung des Reichstags auf Grund der Verfassung nach erfolgtem Schluß der Landtagssession.

**Wien, 28. Nov.** Ich kann heute positiv melden, daß die Abberufung des hannoverschen Gesandten in Wien keine vereinzelte daselbstige Maßregel ist, sondern daß alle noch vorhandenen hannoverschen Gesandtschaften einzugezogen sind. Hr. v. d. Knefbeck hat übrigens bei seinem Rücktritt den Orden der Ehernen Krone 1. Klasse erhalten.

**Italien.**

\* **Venedig**, 27. Nov., Abends. Wahlen in Venedig. Dreißig Kandidaten sind definitiv gewählt worden; es wird eine Ballotage für die noch zu erwählenden Deputierten stattfinden. Fast alle Mitglieder, die gewählt wurden, gehören der gemäßigten Partei an.

\* **Rom**, 25. Nov. Am 10. Dez. um 10 Uhr Abends werden sich die letzten französischen Truppen in Civitavecchia einschiffen, um nach Frankreich zurückzukehren. — Am 23. fand ein erbittertes Gefecht zwischen Räubern einerseits und päpstl. Gendarmen, Zuaven und Jägern andererseits statt. Die Briganten wurden, nachdem sie starke Verluste erlitten hatten, in die Flucht geschlagen.

**Frankreich.**

\* **Paris**, 28. Nov. Morgen soll der Postdampfer aus Vera-Cruz in Southampton eintreffen, der endlich Nachrichten aus Mexiko bringen wird. Der französische Konsul in Southampton hat die Befehle erhalten, dem Dampfer entgegenzufahren und das etwaige Eintreffen des Erzherzogs sofort zu telegraphiren. — Der amerikanische Gesandte Hr. Bigelow wurde vom Kaiser in Compigne vor einigen Tagen empfangen. Er drückte dem Kaiser die Ueberraschung seiner Regierung aus, daß ohne sie zu präventiren, die Dispositionen wegen der Räumung Mexiko's abgeändert und vom November bis März verschoben wurden. „Meine Regierung — sagte Hr. Bigelow — ist weit entfernt, die Regierung des Kaisers der Bösartigkeit zu beschuldigen, aber sie wirft ihr vor, eine Verpflichtung eingegangen zu sein, der sie nicht nachkommen konnte. Hr. Seward wünscht über den Augenblick der Räumung definitiv unterrichtet zu sein.“ — In dem heute zu Compigne stattfindenden Ministerrath soll u. A. über die Reise oder Nichtreise der Kaiserin nach Rom ein Beschluß gefaßt werden. — In Betreff der Mission des Generals Fleury wird berichtet, daß derselbe nebst seiner offiziellen auch eine vertrauliche Aufgabe habe, nämlich: Viktor Emanuel anzurathen, nicht zu desarmiren. Man will in Florenz wissen, daß deshalb eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem König und Nicasoli herrscht; faktisch aber ist, daß einseitig die Entwaffnung und die Verabschiedung der Soldaten eingeleitet ist. — Minghetti ist in Paris eingetroffen, wahrscheinlich in Folge der erwähnten Spezialitäten der Fleury'schen Mission. — Heute 69.65, Cred. mob. 602.50, ital. Anl. 56.20.

\* **Paris**, 28. Nov. Der kleine „Moniteur“ bemerkt in seiner heutigen Wochenschau in Bezug auf das Rundschreiben Nicasoli's:

Als unsere letzte Wochenschau abgefaßt wurde, war das Rundschreiben nur erst im unvollständigen telegraphischen Auszug bekannt, der eine genaue Würdigung der Einzelheiten nicht gestattete. Es enthält gewisse Ausdrücke, die zu widersprechenden Deutungen Anlaß gegeben haben, und man wollte in demselben Hintergedanken suchen, die mit den von der ital. Regierung dem Heil. Stuhl gegenüber bezeugten verächtlichen Gesinnungen wenig im Einklang wären. Es kommt jedoch darauf an, damit man den eigentlichen Werth der, sei es von Florenz, sei es von Rom, einlaufenden Schriftstücke festzustellen vermag, sich mehr an die praktischen Schlussfolgerungen und die positiven Doktrinen, als an gewissen theoretischen Auseinandersetzungen zu halten, die in eine durchaus lokale Form und Phrasologie gekleidet sind, und die man sich wohl hüten soll, wörtlich zu nehmen. Einige Korrespondenzen scheinen diesem wesentlichen Punkt nicht hinlänglich Rechnung zu tragen, und das zu erkennen, was wirklich Ernstliches in den von dem Florentiner Kabinett übernommenen Verpflichtungen und in den formellen Zusicherungen liegt, wodurch es diese Verpflichtungen stets zu bekräftigen sucht.

Wie die „France“ meldet, hat die Armeeorganisation-Kommission unter Vorsitz des Kaisers gestern zwei Sitzungen abgehalten, die erste von 9 Uhr Morgens bis Mittag, die zweite von 1 1/2 Uhr bis 4 Uhr. Ihre Arbeiten sind noch nicht ganz beendet, werden es aber bald sein. An den Schlussfolgerungen des Berichtes der Unterkommission sind einige Modifikationen für nöthig erachtet worden.

**Spanien.**

\* **Madrid**, 27. Nov. Die „Epoca“ berichtet nach ihren Erkundigungen, daß die Königin Isabella am 1. Dezbr. nach Lissabon abreist, und daß sie den 8. wieder nach Madrid zurückkehren wird. Ihre Maj. wird von dem Ministerpräsidenten begleitet werden.

**Belgien.**

\* **Brüssel**, 27. Nov. Die Zweite Kammer fährt fort, sich mit dem Budget zu beschäftigen. Die Theilnahme der Mitglieder war heute so gering, daß die Abstimmung über verschiedene Naturalisationsanträge ausgelegt werden mußte. — Ein königl. Dekret vom 25. Nov. gibt die Einführung von Rindvieh aus dem Zollverein in wieder frei.

**Niederlande.**

\* **Haag**, 27. Nov. Der Kriegsminister van den Bosch hat der Zweiten Kammer einige Modifikationen des in der vorigen Session eingebrachten Budgets des Kriegsministeriums mitgetheilt. Das ganze Budget beläuft sich danach auf 12,988,164 fl. In der Ausführung wird angegeben, daß die Cadres bei der Infanterie vergrößert werden sollen, die Depots von 3 Regimentern Infanterie sollen von 2 auf 5 Kompagnien gebracht werden. Durch die Auflösung des Deutschen Bundes, sagt der Minister, wird es überflüssig, das Bundeskontingent für Limburg im Stande zu halten. In Folge davon wird das 5. Dragonenregiment aufgelöst, doch sollen die vier übrigen Regimenter so verstärkt werden, daß immer 16 vollzählige Schwadronen bereit sein werden. Das Regiment Feldartillerie soll um 3 Kompagnien vermehrt werden. Bei der Festungsartillerie wird die Instruktionskompagnie verstärkt. Das Sapeurs- und Mineurbataillon wird um eine Kompagnie verstärkt. Die Armee soll dadurch in den Stand gesetzt werden, sich nöthigenfalls, selbst ohne Einziehung der beurlaubten Milizen, augenblicklich auf den Kriegsfuß stellen und jeden Punkt der Grenze besetzen zu können. Es sollen immer verwendbar und marschfertig sein

36 Bataillone Infanterie, zusammen 11,000 Mann, 16 Schwadronen Kavallerie mit 2000 Pferden, 14 Batterien Feld- und 4 Batterien reitende Artillerie, jede zu 4 Stücken, 1 Bataillon Sapeurs und Mineurs, etwa 500 Mann, und 1 Korps freiwilliger Schützen zu etwa 200 Mann. Die Infanteriebataillone können jederzeit in vierzehn Tagen durch Einberufung der Miliz auf 20,000 Mann gebracht und die Sapeurs durch 250 Milizen verstärkt werden. In weitem sechs Wochen können dann 8 Reservebataillone Infanterie, etwa 6600 Mann, 3 Schwadronen Kavallerie, 300 Pferde und 36 Feuereschilde aufgestellt werden, außer 20,000 Mann aus den dienthuenden Schutzeinheiten. Es wird demnach stets feldbereit sein ein mobiles Korps von etwa 15,000 Mann aller Waffen, in Zeit von vierzehn Tagen 35,000 Mann, und nach etwa zwei Monaten mit Inbegriff der Schutzeinheiten 62,000 Mann mit 2300 Pferden und 108 Geschützen, und zugleich in den Festungen 6500 Mann Festungsartillerie. Diesen können sich dann noch 30,000 Mann aus den inaktiven Schutzeinheiten anschließen. Man denkt die Festungen Mastricht, Venlo, Bergen op Zoom und das Fort Bath eingezogen zu lassen. Der Minister fordert dann noch einige außerordentliche Kredite zur Verbesserung der Vertheidigungsanstalten für Amsterdam.

**Rußland und Polen.**

\* **St. Petersburg**, 27. Nov. Aus Dresden, 26. Nov., wird gemeldet: Das Gebiet Turkestan ist vollkommen ruhig; russische Truppen, welche dahin kommandirt waren, kehren heim; der Bucharenkrieg ist beendet; das Freundschaftsverhältnis mit Kokand ist befestigt; die Handelsbeziehungen sind überall hergestellt.

**Levantepost.**

\* **Konstantinopel**, 27. Nov. Der „Levant Herald“ fährt fort, die letzten Siegesberichte der Candidaten zu veröffentlichen, obwohl die Zeitung wegen solcher Veröffentlichungen zu Geldstrafen verurtheilt wurde. — Die katholischen Bewohner Albaniens befinden sich in großer Aufregung; an der Spitze der Bewegung steht ein Geistlicher. Ein Kommissar der türkischen Regierung hat sich zur Vermittlung dorthin begeben.

**Großbritannien.**

\* **London**, 26. Nov. Durch das transatlantische Kabel kommt aus New-York die kurze Anzeige, daß James Stephens, das Oberhaupt der Fenier, die Vereinigten Staaten verlassen haben soll. Statt der Vereinigten Staaten darf man, um den Bestimmungsort genauer zu kennzeichnen, ohne Zweifel Amerika lesen; denn nach Canada wird Stephens sich schwerlich begeben haben. Frühere Andeutungen ließen vermuthen, daß er nicht den direkten Weg nach seiner heimatlichen Insel einschlagen, sondern von New-York vorab nach Bremen reisen würde.

**Baden.**

\* **Heidelberg**, 28. Nov. (N. B. Landes-Blg.) In der heutigen Sitzung der Kreisversammlung wurden 200 fl. zum Zweck der Vorbereitungsarbeiten für die spätere Errichtung einer Kreis-Verpflegungsanstalt bewilligt. — Bezüglich des Antrages der Veranlassung des akademischen Krankenhauses als Kreisanstalt beschließt die Versammlung, den Gegenstand bis zur Vollendung des Neubaus des akademischen Krankenhauses auf sich beruhen zu lassen. — Im vorigen Jahr hatte die Versammlung die Entschädigung an die Mitglieder der Kreisversammlung für ihre Auslagen und Zeitverluste abgelehnt. Diesmal beschloß dieselbe den Ersatz der Reiseflohen für die auswärtigen Mitglieder, wie es den Geschworenen geboten wurde, und eine tägliche Verpflegungsgebühr von 3 fl. für die auswärtigen Mitglieder der Kreisversammlung. — Die Frage wegen Errichtung einer Anstalt für Armen-Kinderverpflegung für den Kreis wird zurückgestellt, bis man genügende Erfahrungen über eine gleichartige, in Mannheim zu errichtende Anstalt gesammelt habe. — Zur Begünstigung des Straßensichentwurfes wurde viel gesprochen und betont, die Theilung aller Straßen in nur zwei Klassen sei offenbar eine unvollständige. Es gäbe eine dritte Klasse. Denn es läge unstrittig auch in der Kompetenz der Kreisversammlung, Wege anzulegen. Für diese Kategorie enthalte aber der Regierungsentwurf keine Bestimmungen. Es trage sich, wer über den Charakter solcher Straßen zu entscheiden habe. Diese Entscheidung müßte jedenfalls aus sachlichen Gründen erfolgen und dürfe nicht vom Standpunkt einer bloßen Budgetfrage behandelt werden. Es sei weiter bedenklich, daß der Kreis in Straßenanlegenheiten im Allgemeinen nichts zu sagen haben und dennoch Beiträge leisten solle. Ein solches Verfahren stimme nicht recht mit dem Prinzip der Selbstregierung, dessen Bewirkung man anstrebe. Auch den Kreisversammlungen müßte man folgerichtig das Recht geben, einen Gemeindevorstand zur Landstraße erklären zu können. — Bei dem Antrag, an Stelle der jetzigen amtlichen Verkündigungsblätter entweder Kreis-Verkündigungsblätter auf Veranstaltung der Kreise zu gründen oder die Regierung zu bitten, daß die amtlichen Verkündigungen künftighin in besondern Blättchen ohne politische Beigabe erscheinen mögten, erklärt sich die Versammlung für inkompetent, da es Sache der Regierung sei, hierüber zu bestimmen. — Zum Antrag, den Heidelberger Kreis mit dem Mannheimer und wenn möglich mit dem Mosbacher zu verschmelzen, wurde beschlossen, den Antrag dem Kreisaußschusse zu überweisen; dieser solle dann mit den Ausschüssen des Mosbacher und Mannheimer Kreises sich ins Einvernehmen setzen, und dann bei der nächsten Kreisversammlung über die gesprochenen Beratungen und etwa daran geknüpften weiteren Schritte referiren.

\* **Baden**, 26. Nov. Kreisversammlung. Ueber die Frage der Bekämpfung der Feuerversicherungs-Gesellschaften zum Besten der Gemeinden wird zur Tagesordnung übergegangen. Wegen der Sorge für die armen Augenkranken wurde beschlossen, dem Ausschusse 600 fl. zur Verfügung zu stellen, damit solcher nach eigenem Ermeßsen Nöthiges in die Hand nehme. Für die Vorarbeiten wegen Errichtung einer Kreis-Verpflegungsanstalt wurden 200 fl. bewilligt.

\* **Waldshut**, 26. Nov. Kreisversammlung. Der Antrag, daß die Straßendärter der Bizonal- und Gemeindevorstände auf Kosten des Kreises angestellt würden, wird vertagt, bis über das Straßengebiet entschieden sei; der weitere, von Errichtung eines Kreis-Armenhauses Umgang zu nehmen, dagegen den bedürftigsten Gemeinden eine Unterstützung von 500 fl. pro 1868—1867 aus der Kreiskasse zu gewähren, angenommen; ebenso derjenige, daß mit der Professor Manz-

schen Augen-Heilanstalt in Freiburg wegen der Behandlung der armen Augenkranken des Bezirks auf Kosten der Kreiskasse ein Vertrag abgeschlossen werde.

\* **Karlsruhe**, 28. Nov. Nachdem der Verein für wissenschaftliche Belehrung, der im Lauf der letzten fünf Jahre dem hiesigen Publikum die Wintervorlesungen dargeboten, seinen Beschluß veröffentlicht hat, für diesen Winter eine Pause in seiner Thätigkeit einzutreten zu lassen, so wurde kürzlich durch das Tagblatt von dem Centralkomitee des badischen Frauenvereins ein ähnliches Unternehmen angekündigt, durch welches unserer Stadt auch in diesem Semester Wintervorlesungen in Aussicht stehen. Wie der Gehanke hierzu aus dem Kreis des Frauenvereins hervorgegangen, so ersieht es wohl angemessen, in Abwechslung mit den früheren, dem Gesamtpublikum bestimmten Wintervorlesungen auch einmal einen näher bestimmten Hörekreis — gleichsam einen erweiterten Frauenverein — ins Auge zu fassen, wodurch Wahl und Ausführung der Vortraggegenstände von vornherein in gewisser Weise charakterisirt war. Die Ankündigung dieser Vorträge erfolgte, sobald eine Anzahl von Männern ihre freundliche Beihilfe zugesagt hatten, in allgemeinen Umrissen, denen wir hier beifügen, was uns noch näher von dem Unternehmen bekannt geworden ist.

So viel wir nämlich vernehmen, sind die Gegenstände aus verschiedenen Gebieten der allgemeinen Kulturgeschichte gewählt, und wird neben der englischen Literatur, neben einer sozialgeschichtlichen Frage, einem Stoff aus dem Gebiet der bildenden Künste und einem im Leben des Vortrags bedeutenden Zweig der Physik insbesondere die vaterländische Literatur auf den Einzelankündigungen erscheinen.

Denn vorragende Schöpfungen unserer 2 größten Dichter (Her mann und Dorothea von Schiller, Iphigenie von Schiller, das Lied von der Glocke von Schiller), zwei Dichterpersönlichkeiten aus dem 16. und 19. Jahrhundert (Hans Sachs und Elisabeth Kulmann), das deutsche Volkslied, die poetische Behandlung des Lebens Jesu, das Leben Shakespeares, die Stellung der Frauen in verschiedenen Zeitaltern, das Wesen und die Anwendung der Elektrizität — das sind die bereits genannten Gegenstände der Vorträge, deren Zahl mindestens 10 betragen wird.

Die Männer, deren Bereitwilligkeit die Ausführung des Vorhabens ermöglicht, sind die H. A. M. B. R. H. Oberstulath, D. B. R. H. Hofkapellmeister, Dieb, Hofmaler, Doll, Hofprediger, C. R. B. R. H. Oberstulath, Dr. H. G. R. H. R. H. Professor, Längin, Stadtpfarrer, Dr. H. B. R. H. R. H. Professor, Dr. M. A. R. H. R. H. Direktor der höheren Bürgerschule, Pflüger, Oberstulath, Zittel, Stadtpfarrer.

Indem wir dem Unternehmen, dessen Ertrag der Kasse des Frauenvereins für einen milden Zweck zuzuführen soll, in jeder Beziehung das Beste zuwünschen, erlauben wir uns schließlich über die Ankündigung des Tagblatts in Betreff des Hörekreises unsere unmaßgebende Auffassung dahin auszusprechen, daß die Vorträge zwar für einen weiblichen Hörekreis bestimmt sind, daß aber damit eine etwaige Theilnahme männlicher Zuhörer nicht gerade ausgeschlossen sein sollte.

**Nachricht.**

\* **Berlin**, 28. Nov. (W. L. B.) Das Abgeordnetehaus beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit den Beschlüssen der Kreisversammlung. Hr. Duncker beantragte, die für die Gehaltsverbesserung der Oberbeamten bestimmten 50,300 Thlr. den Unterbeamten zuzuwenden. Dieser Antrag wurde bei namentlicher Abstimmung mit 156 gegen 137 Stimmen angenommen. In Betreff des Nord-Deutsche-Kanals erklärte der Handelsminister, die Voranschläge seien bis in die kleinsten Details ausgearbeitet, und sobald 30 Millionen Thaler vorhanden wären, könnte der Bau begonnen werden. Der Staat werde hierzu vielleicht einige Millionen à fond perdu hergeben, und höchstens eine Anzahl Aktien, aber keine Garantie für das ganze Kapital übernehmen.

Der „Nordb. Allg. Blg.“ zufolge bezieht sich die Anwesenheit des Landraths v. Madai in Berlin auf die Regelung der gegenseitigen Kompetenzverhältnisse der preussischen Verwaltungs- und der städtischen Behörden in Polizeianglegenheiten in Frankfurt.

\* **Wien**, 28. Nov. (W. L. B.) Im niederösterreichischen Landtag wurde bei namentlicher Abstimmung die Adresse mit 44 gegen 8 Stimmen angenommen. Der Vertreter der Regierung erklärte, die Darlegung der Adresse seien den Thatsachen nicht vollkommen entsprechend. Im Ministerium bestehen keine Spaltungen und die Berufung des Reichsraths würde jetzt gleichbedeutend dem Abbruch der Verhandlungen mit den Ungarn sein.

\* **Wien**, 29. Nov. (Sch. W.) Das offiziöse „Wien. Journ.“ schreibt: Die Gerichte von Truppenkonzentrationen in Galizien sind ganz und gar erfunden. Es fehlt jede Veranlassung zu solcher Maßnahme.

\* **New-York**, 17. Nov. (Ueber Paris.) Vera-Cruz, 1. Nov. Maximilian ist wieder abgereist, auf dem Wege nach Mexiko zurück. — Zwei weitere Fenier sind in Toronto zum Galgen verurtheilt worden. Man glaubt, sie werden festgehalten werden als Bürgen für eine friedliche Haltung der andern Fenier.

\* **Hamburg**, 27. Nov. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Germania“, Kapitän Ehlers, welches am 11. November von hier und am 14. November von Southampton abgegangen, ist nach einer sehr schnellen Reise bereits gestern wohlbehalten in Neu-York angekommen.

**Karlsruher Witterungsbeobachtungen.**

28. Nov.	Baromet.	Therm.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 10,47	3,5	S.W.	gang bew.	trüb, frisch
Mittags 2	11,47	4,5	„	„	„
Nachts 9	28° 0,03	1,5	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. F. Herm. Kroenlein.

**Großherzogliches Hoftheater.**

Freitag 30. Nov. 4. Quartal. 131. Abonnementsvorstellung. **Alessandro Stradella**; Oper in 3 Akten, von H. G. W. G.

